

VON ERICH BÜRGLER
UND MARTINA WACKER

ZÜRICH Wir werden nicht ruhen. So lautet der Werbeslogan der Grossbank UBS. Der Spruch könnte auch von den US-Justizbehörden stammen. Sie zeigen bei der Jagd nach den Helfern amerikanischer Steuersünder Ausdauer. Nach jahrelangem Warten sind den Amerikanern innert kürzester Zeit gleich zwei vormalige ranghohe UBS-Manager ins Netz gegangen. Während der einstige UBS-Vermögensverwaltungschef Raoul Weil am vergangenen Sonntag in Bologna verhaftet wurde, stellte sich Martin Lack, ehemaliger Leiter des Nordamerikageschäfts, Mitte Oktober selber. Ihn wird vorgeworfen, Amerikanern beim Hinterziehen von Steuern geholfen zu haben.

Die Fälle führen allen Akteuren auf dem Schweizer Finanzplatz schmerzhaft vor Augen, was ihnen blüht, wenn sie US-Recht verletzt haben. Jedem Banker, Anwalt und Treuhänder, der mit unverteuertem amerikanischem Kundengeld zu tun hatte, drohe jederzeit eine Anklage der US-Justiz, sagt der Schweizer Thomas Werlen, Partner der US-Anwaltskanzlei Quinn Emanuel Urquhart & Sullivan: «Mit neuen Haftbefehlen ist zu rechnen. Die US-Behörden können damit Druck auf die ganze Branche ausüben.»

Im Rahmen des Steuerprogramms zwischen der Schweiz und der USA müssen die Bankmanager bald Farbe bekennen indem sie den USA melden, ob US-Recht verletzt wurde oder nicht. Weitere Anklagen gegen Köpfe aus dem Finanzplatz könnten die Manager der Banken beeinflussen. «Die Verantwortlichen der Banken werden es sich genau überlegen, ob sie das eigene Institut im US-Steuerprogramm als unschuldig einstufen wollen. Falls sich dies nachträglich als unrichtig ausweist, können sich auch für sie persönlich strafrechtliche Konsequenzen ergeben – etwa mit Haftbefehlen», sagt Werlen, der zuvor Chefjurist von Novartis war.

Die Festnahme von Weil trägt zur Einschüchterung bei und sorgt auch bei der UBS für Unsicherheit. In den Diskussionen über den US-Steuerstreit konnte sich die Grossbank bisher zurücklehnen. Sie hat bereits vor Jahren ein Abkommen mit den USA geschlossen. Doch falls Weil Informationen liefert, die den US-

Im Steuerstreit mit den USA gibt es keine Sicherheit

Die Fälle Weil und Lack zeigen: Ist ein Banker im Visier der Justiz, kann er kaum entkommen



Banker, die glauben, es sei vorbei, liegen falsch
FOTO: GETTY

Treuhänder sollen Anzahl und Volumen der unverteuerten US-Kunden mitteilen

Der Branchenverband Treuhand Suisse fordert seine Mitglieder auf, ihm im Zusammenhang mit dem US-Steuerstreit «die Anzahl Klienten aus den USA und die Summe der unverteuerten Gelder» anonym mitzuteilen. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das am Dienstag verschickt wurde und der Sonntagszeitung vorliegt.

Die Angaben sollen Treuhand Suisse dazu dienen, allfällige politische und rechtliche Massnahmen evaluieren zu können. Des Weiteren rechnet Treuhand Suisse damit, dass Banken auch jene Treuhänder den Amerikanern melden, die nicht oder nicht direkt mit unverteuerten Geldern zu tun hatten. Der Verband empfiehlt

deshalb, sich bei Fragen im Zusammenhang mit dem US-Steuerstreit an einen Anwalt zu wenden. Seitens Treuhand Suisse würden ihnen vier Anwälte zur Verfügung stehen. Direktor Patrik Kneubühl bestätigt das Schreiben: «Wir wollen unsere Mitglieder im Fall Lex USA so weit wie möglich unterstützen.» (MW)

Behörden bisher nicht bekannt waren, kann es für die Bank und deren ehemalige Mitarbeiter doch noch ungemütlich werden. «Eine absolute Sicherheit gibt es für die UBS nicht», sagt Wirtschaftsprofessor Peter V. Kunz. Der Abschluss des Abkommens zwischen der US-Justiz und der UBS aus dem Jahr 2009 gelte unter dem Vorbehalt, dass sämtliche Fakten offengelegt wurden, erklärt Kunz. «Sollte nun bekannt werden, dass Grundlegendes verschwiegen wurde, könnte theoretisch die US-Justiz erneut gegen die Bank vorgehen.»

Laut Kunz ist es allerdings nicht wahrscheinlich, dass nach so vielen Jahren nochmals neue wichtige Fakten auf den Tisch kommen. Auch Thomas Werlen sieht wenig Gefahr für die UBS und deren ehemalige Topmanager wie Peter Kurer oder Marcel Rohner. «Aus Sicht der US-Behörden macht es wenig Sinn, gegen weitere UBS-Banker vorzugehen. Der Haftbefehl gegen Weil war damals ein Druckmittel, um die UBS zum Abschluss eines Deals zu bewegen.»

Das Risikomanagement der UBS ist besser geworden

Ein grosses Ärgernis bleiben die jüngsten Schlagzeilen für die UBS aber dennoch. Vergangene Woche gab es zudem weitere Negativmeldungen. So wurde am Dienstag bekannt, dass die Mannheimer Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen die Deutschland-Tochter der Grossbank ausgeweitet hat. Am Donnerstag teilte die Schweizer Börsenaufsicht SIX mit, gegen die Grossbank eine Untersuchung eröffnet zu haben wegen möglicher Verletzung der Vorschriften bei der Veröffentlichung börsenrelevanter Nachrichten. Offen ist zudem die Rolle des Finanzinstituts bei der angeblichen Manipulation von Devisenkursen.

Laut Reputationsmanager Bernhard Bauhofer hinterlassen solche Schlagzeilen Spuren. Noch gibt er sich zuversichtlich, was das Vertrauen in die Bank anbelangt: «Ich bin optimistisch für die UBS. Die Bank hat ihre Hausaufgaben gemacht.» So habe sie ihr Risikomanagement deutlich verbessert. Einen weiteren groben Ausrutscher nach der Verschärfung der internen Kontrolle wäre laut Bauhofer aber fatal. «Sollte die UBS in einem der Fälle eine weitere Milliardenbusse zahlen müssen, wäre das eine Katastrophe.»

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 51

Kader gegen Lohnexzesse

verlöre. 80 Prozent erachten sinkende Steuer- und AHV-Einnahmen als wahrscheinlich, 75 Prozent steigende Arbeitslosigkeit. 70 Prozent der Führungskräfte rechnen zudem damit, dass Firmensitze verlegt würden – ein Punkt, den die Schöpfer der 1:12-Initiative gerne als leere Drohung bezeichnen. Gar 98 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass die Unternehmen Massnahmen treffen würden, um die Initiative zu umgehen. «Diese deutlichen Zahlen zeigen, dass die Befragten die Folgen eines Ja für die Firmen als äusserst gravierend einschätzen», betont Hitchman.

Laut Bigler wird es keine Verschärfung des Tons geben

Entsprechend setzt die Wirtschaft alles daran, um den Urnengang gewinnen. «Bis zum Abstimmungstag ist die Stimmung in der Wirtschaft enorm angespannt, es geht ja um eine zentral wichtige Vorlage», sagt Economiesuisse-Vorstandsausschussmitglied Rolf Soiron. Gemäss einer SRG-Trendumfrage von letzter Woche halten sich die Ja- und die Nein-Stimmenden mit je 44 Prozent die Waage. Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler zeigt sich trotzdem zufrieden. «Unveröffentlichte Umfragen zeigten im Frühjahr noch eine Zustimmung von 55 Prozent. Der Trend geht in die richtige Richtung.»

Die Gegner werden ab Ende nächster Woche ihre Abstimmungszeitung in alle Haushalte verteilen. Zudem startet auf Initiative der FDP-Frauen eine Frauenkampagne gegen 1:12 (siehe Ausrisse Seite 51). In dieser sprechen sich Politikerinnen und Unternehmerinnen gegen die Kampagne aus. Mit dabei sind etwa Carolina Müller-Möhl und Expansalpinia-Chefin Monika Ribar.

Laut Bigler gibt es trotz des Umfragepatts keine Verschärfung der Nein-Kampagne. «Wir sind sachlich und faktenorientiert. Das kommt bei der Bevölkerung an.» Nicht ganz zu dieser Aussage passen will, dass 1:12-Initiant Cédric Wermuth auf der Website der Gegner in grossen Lettern als «Schwätzer» bezeichnet wird.

WARUM DIE SPITZENMANAGER UMDENKEN, SEITE 19

ANZEIGE

**RACING IN STYLE.
MILLE MIGLIA**

MILLE MIGLIA
GRAN TURISMO XL

Chopard